

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

11.1.1887 (No. 9)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 11. Januar.

N^o 9.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amflicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Landbestimmungs-Ministerialräthen Frech, Hebling und Engelhorn die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihnen von Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens zweiter Klasse zu ertheilen.

Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 4. d. Mts. ist der Oberst außer Diensten Besz zu Freiburg, zuletzt Bezirkskommandeur des 1. Bataillons (Freiburg) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113 mit den bestimmungsmäßigen Abzeichen zur Disposition gestellt.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 10. Januar.

Die Mitglieder der bulgarischen Deputation sind gestern Vormittag vom Minister des Auswärtigen in Paris empfangen worden. Der Empfang erfolgte in nicht amtlicher Form, da, wie Herr Florens gleich in der Einleitung seiner Antwort auf die Ansprache Grafen v. Bismarck, Bulgarien zwar in seinen inneren Angelegenheiten unabhängig sei, bezüglich seiner völkerrechtlichen Beziehungen aber nur durch die Porte vertreten werden könne. Was die Rathschläge betrifft, welche der Minister den Bulgaren gab, so konnte es bei dem Mangel eigener französischer Interessen in Bulgarien vorausgesehen werden, daß Herr Florens die Bulgaren auf den Weg einer Verständigung mit Rußland verwies.

Der „Agence Havas“ zufolge sagte der Minister, als das letzte Mittel zur Ueberwindung der vorbandenen Schwierigkeiten erseheine es ihm, daß die Bulgaren den Wünschen Rußlands, dem das Fürstenthum seine Existenz verbände, Rechnung tragen. Ueber eine Ehrenkandidatur, bemerkte der Minister, könne er sich momentan nicht aussprechen; vielleicht sei jedoch die scharfe Ablehnung der Kandidatur des Fürsten von Mingrelien nicht rüthlich gewesen. Im Uebrigen betonte der französische Staatsmann, daß bei aller Sympathie für das bulgarische Volk die französische Regierung doch als ihre erste Aufgabe die der Erhaltung des Friedens ansehen müsse.

Das „Journal des Debats“ spricht den Gedanken des Ministers Florens, daß Bulgarien sich den Wünschen Rußlands akkommodiren müsse, heute in besonders scharfer Form aus. Es sagt, wie eine Depesche aus Paris meldet, das bulgarische Volk gleiche nicht einem unterdrückten Volke, es sei vielmehr so unabhängig, daß es sogar formelle Verpflichtungen verlege durch die Nichtleistung des Tributs an die Porte und die Nichtschleifung der Donaufestungen. Es habe den Orientfrieden führen, den Berliner Vertrag zerreißten und Rumelien annektiren dürfen; auch jetzt trotz es dem Willen Europa's durch die Behandlung Philippopels als eines einfachen Provinzialhauptortes. Die bulgarische Regierung sei eine revolutionäre, die bulgarische Demokratie in den Händen einiger Emporkömmlinge und Ehrgeiziger. Die Bulgaren seien unfähig, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Rußland, dem sie ihre Befreiung verdanken, habe ein Recht dazu, eine Art Vormundschaft auszuüben, und die Türkei, deren Vasallen die Bulgaren seien, habe gleichfalls ein Recht dazu, in bulgarischen Angelegenheiten zu interveniren. Da Rußland und die Türkei aber im Einvernehmen seien, so wäre es unerfindlich, aus welchem Grunde die anderen Staaten die in Sofia errichtete, aus Diktatoren und Störenfriedern bestehende Regierung unterstützen und erhalten sollten.

Die scharfe Sprache des „Journal des Debats“ gegenüber der bulgarischen Regierung ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die französische Publizität ungern eine Gelegenheit verläßt, sich den Russen gefällig zu zeigen; doch dürften die Aeußerungen des Pariser Blattes die Mitglieder der bulgarischen Deputation davon überzeugen, wie wenig Unterstützung die bulgarische Regierung von der öffentlichen Meinung Frankreichs zu erwarten hat.

Wochen-Rundschau.*

Wie Seine Majestät der Kaiser an dem Erinnerungstage seines Eintritts in das Heer, der in so bedeutsamer Weise das neue Jahr für den erlauchten Monarchen einleitete, die Beglückwünschung der Generalität mit Worten des allerhöchsten Dankes erwidert hatte, so sprach Höchstersehe noch in einem an den Kronprinzen gerichteten Schreiben der gesammten Armee seinen Dank aus. Der Kaiser erinnerte in dem Schreiben an die Wandlungen der Armee in dem Zeitraum der letzten 80 Jahre, betonte, daß er viele Veränderungen mit der Armee in ihrer

äußeren Form wie in ihrer Truppenzahl erlebt, die Vereinigung mit den deutschen Contingenten sich habe vollziehen und die Marine entstehen sehen; es seien unter seinen Augen Generationen durch die Armee gegangen, aber innerlich im Herzen und im Empfinden der Armee gebe es keine Veränderung; der kaiserliche Brief schloß mit den für das Heer ehrenden Worten, die zugleich den Kaiser als den ersten Soldaten des deutschen Heeres kennzeichnen: „Es ist wahrlich eine hohe Freude für mich, am heutigen Tage in solcher Weise zur Armee sprechen zu dürfen und über diese 80 Jahre sagen zu können, daß wir sicherlich ganz und fest zu einander gehört haben, ich mit meinem ganzen Herzen und Denken, die Armee mit vollster Treue, Hingebung und Pflichterfüllung, für welche mein Dank und meine Anerkennung die lebendigste Empfindung meines Herzens bis zu meinem letzten Athemzuge bleiben wird.“

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing am Dienstag in besonderer Audienz den schwedischen Diplomaten Herrn v. Lagerheim, um aus dessen Händen ein Schreiben Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen entgegenzunehmen, in welchem Herr v. Lagerheim als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Großherzoglichen Hofe akkreditirt wurde. Darauf wurde der Herr Gesandte von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen und nahm am Abend an einer zu Ehren desselben im Großherzoglichen Schloße stattfindenden größeren Hofafel Theil. Infolge des Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Maria von Württemberg, der Schwester Seiner Majestät des Königs Karl, legte der Großherzogliche Hof auf die Tage vom 6. bis 11. Januar Trauer an.

Die Ausschüsse des Bundesraths haben am Mittwoch die Berathung über den Gesetzentwurf, die Unfallversicherung der Seelente betreffend, beendet und Tags darauf die Erörterung der Vorlage über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die bei Privatbauten beschäftigten Bauhandwerker und Arbeiter vorgenommen. Der Reichstag nahm am Dienstag seine Thätigkeit wieder auf und setzte die zweite Berathung des Budgets beim Etat des Reichsamts des Innern fort. Größere Debatten riefen das Kapitel des Reichsgesundheitsamtes, bei welchem die Fabrication von Kunstwein und die Verbesserung des Naturweins zur Sprache gelangten, und die Forderung für eine physikalisch-technische Reichsanstalt hervor. Bei der darauf folgenden Berathung über den Etat des Auswärtigen Amtes wurden die Forderungen für die Besoldung der Beamten in den überseeischen Schutzgebieten, sowie für geheime Ausgaben genehmigt, die Position betreffs der Förderung der Afrikaforschung dagegen an die Budgetkommission zurückverwiesen. Die Militärkommission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der zweiten Lesung der Regierungsvorlage, ohne daß jedoch durch die Debatte oder die gefaßten Beschlüsse die Aussichten für die zweite Lesung im Plenum sich wesentlich geklärt hätten; daß die Kommissionsarbeit nicht mit einem völlig negativen Resultate endete, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß bei der Schlussabstimmung die beiden sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, die im Plenum gegen alle Anträge stimmen wollen, sich der Abgabe ihres Votums enthielten. Am Freitag erfolgte die Feststellung des Kommissionsberichts, der inzwischen den Abgeordneten vorgelegt worden ist. Wie in andern deutschen Staaten haben auch in unserm Lande Versammlungen nationaler Manner stattgefunden, in denen die Zustimmung weiter Volkstheile zu der Regierungsvorlage entschieden Ausdruck fand. Wiederum hat der Reichstag eines seiner Mitglieder durch den Tod verloren: der Abgeordnete Dr. Köhler, welcher den 7. badischen Wahlkreis im Reichstage vertrat, verstarb am Mittwoch in Heidelberg.

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien wegen des Abschlusses eines neuen Handelsvertrages nehmen einen befriedigenden Fortgang, dagegen sind bezüglich des österreichisch-ungarischen Ausgleichs noch nicht alle schwebenden Fragen geregelt und namentlich über die Festsetzung des Petroleumzolles noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Am Mittwoch fand in Wien eine längere Ministerberathung unter dem Vorsteher des Reiches statt, wobei es sich namentlich um Militärangelegenheiten und insbesondere um die Durchführung des Landsturmgesetzes handelte. Die Bestimmungen zur Durchführung dieses Gesetzes werden für nächste Zeit erwartet.

Zu den Maßregeln, durch welche das neue französische Ministerium der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte näher zu kommen sucht, gehören eine zeitweilige Erhöhung der Zuckerversteuer und eine Herabsetzung der den Zuckerraffinerien bewilligten Prämie; auch wird eine Vorlage über die Aufhebung von 62 Unterpräfecturen vorbereitet, deren finanzieller Effect in einer Erparnis von 400,000 Frs. bestehen soll. Für die Kosten der französischen Schutzherrschaft in Tonkin und Anam verlangt der Minister des Auswärtigen die Summe von 30 Millionen. Meldungen aus Hanoi wissen

von wiederholten Gefechten zwischen den französischen Truppen und den Aufständischen zu berichten. Bei diesen Rencontres ziehen die Rebellen zwar gewöhnlich den Kürzeren, da sie es an militärischer Tüchtigkeit mit regulären Soldaten nicht aufnehmen können; doch werden den Franzosen im Kampfe mit den größtentheils gut bewaffneten und auch mit Geschützen versehenen Aufständischen immerhin nicht unbeträchtliche Verluste zugefügt und die Gesamtlage ist noch immer eine solche, daß an eine erhebliche Verminderung der Expeditionsarmee vorläufig nicht ernstlich gedacht werden kann.

Die durch Lord Randolph Churchill's Austritt entstandene englische Ministerkrise hat noch keinen völligen Abschluß gefunden. Entgegen seiner ursprünglichen Weigerung willigte Goshen ein, das Schatzkanzleramt zu übernehmen, wozu ihn namentlich die Rathschläge Hartington's und Chamberlain's bewogen. Lord Hartington hat sich als Führer derjenigen liberalen Gruppe, die sich von Gladstone getrennt hat, weil sie die Verhinderung der Home-Rule-Politik Gladstone's für wichtiger erachtet als die Solidarität der Liberalen, das größte Interesse daran, das Ministerium Salisbury zu unterstützen; dies um so mehr, als gleichzeitig die Home-Rule-Politiker eine gemeinsame Aktion anstreben, denn es ist im Werke, zwischen den Gladstonianern und den Führern der radikalen Partei eine Verständigung über die den Irländern zu gewährenden Konzessionen herbeizuführen. Indessen scheint dieser Plan an der Unzugänglichkeit Gladstone's für Abänderungsvorschläge zu seinen irischen Projekten scheitern zu sollen; wenigstens erklärt die „Daily News“, daß Gladstone sich nicht dazu entschließen werde, in wesentlichen Punkten von seinem irischen Programm abzugeben.

Die Maßregeln der Regierung gegen die Pachtverweigerungs-Bewegung in Irland lassen einen durchgreifenden Erfolg bis jetzt vermissen; die Rentenz der Pächter dauert fort und die Agenten der Nationalliga, welche die Zinssumme von den Pächtern einzuziehen, wissen sich zu meist der Aufmerksamkeit der Behörden zu entziehen. Die Nachrichten aus dem Sudan, denen zufolge ein Angriff der Rebellen gegen die ägyptische Südgrenze nicht zu erwarten sei, erscheinen nach neueren Meldungen nicht als unanfechtbar. Vielmehr wird aus Dongola berichtet, daß eine größere, mit Geschützen versehene Abtheilung Aufständischer sich dort konzentriert habe, um einen Vorstoß zu unternehmen, und daß die Friedensverhandlungen scheiterten. Eine Aenderung in den Dispositionen der englischen Armeeverwaltung ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt, da man die Grenzposten für stark genug hält, um einen feindlichen Angriff abzuwehren.

In Serbien haben die während des Krieges mit Bulgarien gemachten Erfahrungen die Verbesserungsbefähigung der Heeresformation gezeigt und das Kriegsministerium zögerte nicht, ernstlich an die Heilung der erkannten Schäden zu gehen, Hand in Hand mit einer neuen Armeeorganisation, welche kürzlich die Zustimmung des Königs erfahren hat, ging die Aufstellung des Planes für eine neue Formation und taktische Gliederung des Heeres, der zunächst in Bezug auf die Fußtruppen greifbare Gestalt gewinnen wird. Es soll vor Allem die Vollständigkeit der neuen Regimentsformation und die Aufstellung von fünf neuen Bataillonen erfolgen, während die Neuformation der Kavallerie und Artillerie einzuweilen, bis zur Beschaffung des nöthigen Pferdebestandes, verschoben bleiben muß.

In Lissabon wurden am Montag die Cortes eröffnet, doch erfährt die Session und die Mandatsdauer der Abgeordneten ein rasches Ende. Die Kammer wählte zum Präsidenten ein der Oppositionspartei angehöriges Mitglied, was das Ministerium Luciano de Castros veranlaßte, dem König die Auflösung der Deputirtenkammer vorzuschlagen. Die Vornahme der Neuwahlen ist nach der königlichen Sanction des Ministerialbeschlusses auf den 27. Februar anberaumt worden, worauf am 7. April der Zusammentritt der neu gewählten Cortes stattfinden soll.

Von London sind die Mitglieder der bulgarischen Deputation am Freitag nach Paris abgereist, wo sie dem Minister des Auswärtigen gestern, am Sonntag, ihre Aufwartung machten. Im Ministerrath war zuvor festgestellt worden, daß Herr Florens die Deputirten, wie es in Wien und Berlin geschehen war, in nichtoffizieller Weise empfangen solle. Einer Mittheilung der „Politischen Korrespondenz“ aus Konstantinopel zufolge soll der Großvezier dem bulgarischen Vertreter Bulowitsch bemerkt haben, daß ein Besuch der Deputation in Konstantinopel aussichtslos sei, und diese Mittheilung entspricht allerdings der Stellung, welche die Porte von Anfang an der Rundreise der bulgarischen Deputation gegenüber eingenommen hat; denn bekanntlich hatte die Porte die Abreise der Delegirten zu verhindern gesucht. Dagegen wird von anderer Seite gemeldet, daß die Porte der bulgarischen Regentenschaft empfohlen habe, eine neue Deputation nach Petersburg zu entsenden, wo dieselbe vom türkischen Botschafter dem Kaiser vorgestellt werden solle; doch entbehrt diese Nachricht noch der Bestätigung.

*) Wegen Raumangels verspätet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 9. Januar.

In der gestrigen Plenarsitzung des Reichstags wurde die zweite Etatsberatung fortgesetzt. Zu der Position für die Physikalisch-Technische Reichsanstalt begründete der Abg. Schrader den Antrag, zu persönlichen und sachlichen Ausgaben 75,000 M., zur Errichtung der Gebäude für die Physikalisch-Technische Reichsanstalt die erste Rate mit 250,000 M. zu bewilligen. Hr. v. Hertling kann die Nothwendigkeit einer planmäßigen Centralstelle für den Austausch wissenschaftlicher Forschungen nicht anerkennen. Geiser (Sozialdemokrat) empfahl, nicht nur, wie Schrader beantragte, einen Theil, sondern das Ganze zu bewilligen; die wissenschaftliche Abtheilung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt habe bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Virchow erklärte die Besorgnis vor einer Benachteiligung der Landesinstitute durch die projektirte Anstalt für unbegründet und betonte die Nothwendigkeit, eine Methodik zur Kontrolle der elektrischen Maße zu schaffen. Diese Aufgabe könne die projektirte Reichsanstalt vielleicht lösen, es wäre auch möglich, daß sich letztere zu einem Weltinstitut entwickeln und dadurch das wissenschaftliche Ansehen Deutschlands gewinnen werde; wenn ein Mann wie Siemens erkläre, daß die Nation am besten gedeihen müsse, die am frühesten zur Ausnutzung der Naturkräfte komme, so könne der Reichstag doch nur zustimmen. Hr. v. Hertling kam auf seine früheren Ausführungen zurück; er befürchtet, die Stellung der wissenschaftlichen Abtheilung in dem projektirten Reichsinstitut werde niemals eine gefällige sein. Kultusminister v. Goltz erwiderte: Die Auslassungen des Vorredners könnten den Anschein erwecken, als ob das Gebiet der Naturwissenschaften so eng umschrieben sei, daß ein Arbeitsmangel eintreten könnte. Im Gegentheil, viele würden sich erleichtert fühlen, wenn eine ganze Reihe von Aufgaben aus den bisherigen Forschungen herausgehoben werden könnte, Aufgaben, zu deren Lösung Zeit und Geld erforderlich sei und die in Instituten, deren Zwecke anderer Natur seien, durchaus nicht erfüllt werden könnten. Die Abtheilungen der Reichsanstalt kämen zu einander nicht im Gegensatz, sondern vielmehr in inniger Harmonie. Es solle Persönlichkeiten, die weiter nichts zu thun haben, Zeit und Gelegenheit geboten werden, ihren Forschungen mit Ruhe obzuliegen. Kein deutscher Forscher werde befürchten, daß ihm die Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit werde verkümmert werden, das Reichsinstitut werde ihm nach Möglichkeit Förderung zu Theil werden lassen. Der Minister empfahl die Regierungsvorlage, bezw. den Antrag Schrader, zur Annahme. Kalle erklärte sich für die Regierungsvorlage, bezw. für den Antrag Schrader. Der Antrag v. Hertling, die Vorlage an die Budgetkommission zurückzuweisen, wurde abgelehnt, der Antrag Schrader angenommen.

Es folgte der Etat des Auswärtigen Amtes. Die Dotation für das neu errichtete Konsulat in Antwerpen ward genehmigt. Virchow regte die Frage an, ob vielleicht das Auswärtige Amt dahin wirken könne, in den Handelsbeziehungen mit Rußland eine Aenderung bezüglich der Vertreibung von Forderungen herbeizuführen. Staatssekretär Graf Bismarck erwiderte, ein Vertrag mit Rußland über gegenseitige Vollstreckung gerichtlicher Erkenntnisse bestehe nicht. Wo Interessen deutscher Reichsangehöriger auf dem Spiele ständen, könne nur der Weg diplomatischer, also freundschaftlicher Vorstellungen beschritten werden. Kaiser begründete den Antrag, bei den Befoldungen der Beamten in den Schutzgebieten 118,800 Mark, ferner die Position „Geheime Ausgaben“ im Betrage von 48,000 Mark und den Zuschuß zu den Verwaltungskosten für Kamerun, Togo und das südwestafrikanische Schutzgebiet im Betrage von 85,000 Mark zu streichen. Hamburger glaubt, daß unsere Kolonialbestrebungen gleich den früheren in gegebener Zeit wieder gefallend werden, weil Deutschland nicht den Beruf zur Kolonisation habe, hält es aber für angezeigt, die namens des Reiches inaugurierte Kolonialpolitik nunmehr so weit durchzuführen, wie in den ursprünglichen Vorlagen vorgesehen sei. Die für die Befoldung der Beamten in den Schutzgebieten geforderten Beträge, sowie die an geheimen Ausgaben geforderten 48,000 Mark wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Virchow konstatierte bei der Position zur Förderung der auf Erschließung Zentralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen, daß die afrikanische Gesellschaft im verflochtenen Geschäftsjahr aus diesem Fonds nichts erhalten habe, und bat um Aufschluß über die Verwendung des Geldes. Bundeskommissar Krauel erwiderte, über die Verwendung der Summe lägen keine abschließenden Mittheilungen vor; in der Hauptsache sei das Geld für die Erbauung eines stehenden Küstendampfers, der für Erforschungszwecke durchaus notwendig sei, verwandt worden. Die Reichsregierung habe die Summe wieder in den Etat gesetzt, um der afrikanischen Gesellschaft die Mittel zur Errichtung einer permanenten wissenschaftlichen Station zu gewähren. Die bezüglichen Vorschläge der Gesellschaft seien geprüft und genehmigt. Auf Antrag Virchow's wird die Position an die Kommission zurückverwiesen. Nächste Sitzung Montag; Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

Deutschland.

Berlin, 9. Jan. Se. Majestät der Kaiser nahm gestern Vormittag mehrere Vorträge entgegen, arbeitete dann längere Zeit mit General von Albedyll und empfing Nachmittags den Grafen Peter Schuwalow, den Bruder des hiesigen russischen Botschafters. Heute Nachmittags 4 Uhr empfing der Kaiser den Staatssekretär Grafen Bismarck.

Seine Durchlaucht der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ist mit Ihrer Durchlaucht der Fürstin gestern Abend um 9 Uhr aus Friedrichsruhe hier eingetroffen.

Der diesseitige Botschafter in St. Petersburg, General v. Schweinitz, begibt sich nach St. Petersburg zurück, um dem Empfang des russischen Kaisers am Neujahrstage (a. St.) beizuwohnen.

Wie die „Post“ hört, werden die bezüglichen Bundesrathsausschüsse am Montag wieder über den Entwurf betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Seeleute zu einer Berathung zusammentreten.

Der jetzt erschienene Bericht der Militärkommission des Reichstags bemerkt, daß die als vertraulich bezeichneten Mittheilungen nicht aufgenommen werden konnten; die Regierungsvertreter hätten sich auf eine rein militärische Begründung der Vorlage beschränkt, so daß ein näheres sachliches Eingehen auf die politische Lage nicht stattfand. Der Bericht stimmt sonst im Wesentlichen

mit den bereits über die Kommissionsitzungen veröffentlichten Referaten überein. Hervorzuheben wäre noch eine Aeußerung des Regierungsvertreters, wonach die Militärverwaltung gar nicht im Stande ist, nur auf ein Jahr Cadres zu bilden. Die Regierung könne nicht wohl in kürzerer Frist als in sieben Jahren zu eventuellen Rückbildungen übergehen; eine einjährige Bewilligung sei gänzlich nutzlos.

Dem preussischen Landtage sollen, wie berichtet wird, folgende Gesetzentwürfe, welche sämmtlich bereits fertig gestellt sind, zugehen:

1. Ein Gesetz wegen Abgrenzung und Organisation der Berufsvereinigungen auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886, betreffend die Unfallversicherung der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter; 2. ein Gesetz, betreffend das Verfahren und das Kostenwesen bei der Güterkonsolidation im Regierungsbezirk Wiesbaden, ausschließlich des Kreises Biedenkopf und der durch die Kreisordnung vom 7. Juni 1885 mit dem Regierungsbezirk Wiesbaden vereinigten Gemeinden; 3. ein Gesetz, betreffend die Vertretung und Verwaltung der durch ein Auseinandersehungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten; 4. eine Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Rassel; 5. eine Haubergordnung für den Dill- und den Oberwesterwaldkreis; 6. ein Gesetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückstheilungen und bei der Gründung neuer Ansiedlungen in der Provinz Hannover.

Das Reichsversicherungsamt hat die Berufsvereinigungen von den ihnen im § 40 des Unfallversicherungsgesetzes auferlegten Pflicht, binnen vier Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres dem Reichsversicherungsamt, den höheren Verwaltungsbehörden, sowie jedem Mitgliede ein Verzeichniß der zur Genossenschaft gehörenden Mitglieder mitzutheilen, in Bezug auf das Jahr 1886 befreit.

Unsere deutsche Reederei hat durch den Norddeutschen Lloyd wieder recht bemerkenswerthe Triumphe im Wettbewerb mit den englischen und französischen Schiffen davongetragen. In einem amtlichen Berichte des Postinspektors der auswärtigen Posten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird die Schnelligkeit aller Dampfer, welche in den letzten fünf Monaten die Post von New-York nach Europa befördert haben, zusammengestellt. Es wird die Zeit berechnet, welche jeder Dampfer von Dock zu Dock gebraucht hat. Demnach hat sich herausgestellt, daß der Norddeutsche Lloyd von sämtlichen wettbewerbbenden Linien die meisten Schiffe besitzt, die durchschnittlich mehr als 16 Meilen in der Stunde zurücklegen, nämlich fünf: Travre, Saale, Ems, Fulda und Werra, während die Cunardlinie nur zwei, die Guion- und die Anchorlinie jede nur einen, die französische Linie drei und alle anderen Linien überhaupt keine Dampfer von so schneller Fahrt besitzen. Auch in der Zahl der Schiffe, die in der Stunde zwischen 15 und 16 Meilen durchlaufen haben, hat der Norddeutsche Lloyd alle andern Schiffe übertroffen; er hatte deren drei, während die französische und die Cunardlinie deren je zwei, die Guion- und die Nationallinie je einen und alle anderen Linien wiederum keine solche Dampfer besitzen.

Seit Nacht schoß der Wachtposten vor der Alexander-Kaserne auf einen anscheinend betrunkenen Arbeiter, welcher Schimpfreden gegen den Wachtposten ausstieß und wiederholtem Halttrufen nicht Folge leistete. Der Arbeiter soll leicht verwundet sein und wurde alsbald verhaftet.

Leipzig, 8. Jan. Gestern sprach hier der Landtagsabgeordnete von Schenckendorf aus Gölitz in der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Erziehung zur praktischen Arbeit in ihrer Bedeutung für die innere Sozialreform und wurde darauf folgende Resolution angenommen: Die Erziehung zur praktischen Arbeit ist ein sehr geeignetes Mittel, den Trieb zur Arbeit in dem heranwachsenden Menschen zu wecken; sie ist deshalb geeignet, auch ihrerseits dem zersetzenden Einflusse der Zeit erfolgreich entgegenzuwirken. Es empfiehlt sich zunächst die Förderung der Sache auf dem Wege der Freiwilligkeit, damit zuvor das Interesse und das Verständnis in die weitesten Volkstheile eindringe; es erscheint aber notwendig, daß die staatlichen und die Gemeindebehörden den Bestrebungen besonders auch in der Richtung der Ausbildung von Lehrern förderlich zur Seite stehen.

München, 9. Jan. Seine Königl. Hoheit der Prinz-Regent hat den Generalen der Infanterie v. Bape, v. Voigts-Rheze und dem Gouverneur von Metz, Generalleutnant v. Verken, das Großkreuz des Militär-Verdienstordens, dem Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, Generalleutnant v. Hänisch, und dem Präsidenten der Artillerie-Prüfungskommission, Generalmajor Sallbach, das Großkomthurkreuz, dem Kommandanten von Metz, Generalmajor v. Laue, und dem Abtheilungschef für das Remontewesen im Kriegsministerium, Oberst Frhrn. v. Trostke, das Komthurkreuz und weiteren anderen Offizieren der preussischen Armee Ritterkreuze desselben Ordens verliehen. — Unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe-Langenburg fand gestern eine gut besuchte Versammlung der bayerischen Zweigvereine des Deutschen Kolonialvereins statt. Bürgermeister Dr. Widemeyer begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Jan. Die Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen ist, wie der „Neuen Freien Presse“ berichtet wird, für den 26. d. in Aussicht genommen. In Folge dessen dürften die Landtage, wenn nicht bereits früher, längstens am 22. d. Mts. ihre Sitzungen beschließen. Auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses soll die erste Lesung des Antrages Pflener-Grner, betreffend die Errichtung der Arbeiterkammern, gestellt werden. Das Herrenhaus wird in einer seiner nächsten Sitzungen die erste Lesung des Antrages

des Frn. v. Schmerling auf Entsendung einer Kommission zur Prüfung der Sprachenverordnung vom 22. Sept. v. J. vornehmen, und der Präsident des Obersten Gerichtshofes wird Gelegenheit haben, seinen Antrag eingehend zu begründen. Wenn in den Kreisen der Majorität des Herrenhauses nach Einbringung dieses Antrages die Absicht bestand, denselben sofort bei der ersten Lesung abzulehnen, so dürfte nach den Vorgängen im böhmischen Landtage jetzt eine Aenderung in dieser Absicht eingetreten sein und die Inweilung des Schmerling'schen Antrages an eine Kommission wird jedenfalls beschlossen werden. — Das „Fremdenblatt“ erklärt mit Bezug auf einen Artikel der „Budapester Korrespondenz“ über die Nothwendigkeit der Anhebung von Verpflegs- und Monturartikeln in den Grenzterritorien, daß dieser Artikel keiner autoritativen Quelle entstammen könne, da in maßgebenden Kreisen keine neuerlichen Nachrichten vorliegen, welche die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens beeinträchtigen könnten. — Die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und man glaubt, daß auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse auch hinsichtlich des Petroleumzolles und der Zuckerversteuerung eine Verständigung gefunden werden wird. — Die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Rumänien werden fortgesetzt. Bemerkenswerth ist, daß der österreichische Vertragsentwurf die Grundlage der Verhandlungen bildet und daß er zum großen Theile bereits durchberathen worden, ohne daß sich Schwierigkeiten ergeben hätten. Freilich ist man an einige prinzipielle Fragen, unter welchen die der Weisbegünstigung in erster Reihe steht, noch nicht herangetreten und man scheint sich die Verhandlung über diese Frage überhaupt vorbehalten, bis sich die bezüglich der einzelnen Handelsartikel gegenseitig zu machenden Zugeständnisse überschauen lassen.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. Die Mitglieder der bulgarischen Deputation wurden heute Vormittag von dem Minister des Auswärtigen, Florens, empfangen. Wie es heißt, wird sich die Deputation Mittwoch oder Donnerstag nach Rom und von da nach Bukarest begeben. — Der Ministerrath ermächtigte den Finanzminister, der Kammer ein außerordentliches Budget, nach welchem die Einnahmen durch Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen erfolgen sollen, und das ordentliche Budget für 1887, welches die neue Steuerreformmetabelle aufweist, vorzulegen. Goltz wird der Kammer die Forderung um Aufhebung der 62 Unterpräfecturen unterbreiten, woraus aber nur 400,000 Fr. Ersparnisse erzielt werden. Der Minister des Auswärtigen, Florens, legte eine Forderung von 30 Millionen für die Schutzherrschaft in Tonkin und Anam vor.

Das Zuckereuergesetz von 1884 hatte als Grundlage für die Berechnung des Zuckervertrags angenommen, daß aus 100 Kg. Rüben 6 Kg. Zucker gewonnen werden, und den Mehrertrag, um den Rübenbau zu fördern, steuerfrei gelassen. Die Gesetzgeber hatten das Opfer, welches diese Aenderung der Besteuerungswiese dem Staat auferlegte, auf etwa 36 Mill. Fr. veranschlagt. Allein die Zuckerverfabrikannten richteten sich auf das neue Gesetz durch Verbesserung ihres Betriebes ein und verarbeiteten eine geringere Menge besonders zuckerreicher Rüben, so daß die Staatskasse einen Ausfall von 72 Mill. Fr. erlitt, welchem hauptsächlich (neben dem Tonkin) der Fehlbetrag der letzten Jahre zuzuschreiben ist. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat der Finanzminister Dauphin vorgeschlagen, die Zuckerversteuerung von 50 auf 60 Fr. für je 100 Kg. des angenommenen Zuckergehalts zu erhöhen und zugleich diesen Gehalt nicht mehr auf 6, sondern auf 7 oder 7 1/2 Prozent des Rübengewichts zu veranschlagen. Sollte auch dann noch ein Ausfall des erwarteten Steuerbetrags eintreten, so wäre derselbe zur Hälfte auf die Fabrikannten umzuliegen. Der gestrige Ministerrath hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, diese Vorschläge des Finanzministers genehmigt.

Cannes, 8. Jan. Der deutsche Botschafter Graf Münster ist heute hier angekommen und in Elmers Hotel du Pavillon abgestiegen.

Rußland.

St. Petersburg, 3. Jan. Der „Kölnischen Zeitung“ wird von hier Folgendes geschrieben: Daß untergeordnete oder als böswillig bekannte Blätter ihre Spalten mit Lügengerüchten über Kaiser Alexander III. füllten, hat uns nicht so sehr befreudet, als daß jetzt auch die „Times“ ihr Ansehen durch die Aufnahme derselben auf's Spiel setzt. Wer nicht gerade weiß, daß der Herr Kohn-Doppert aus Blovitz in Böhmen sich als Pariser Berichterstatter der großen englischen Zeitung schon längst einen Ruf als Lügenfabrikant erworben hat, wird kaum begreifen können, wie derselbe sich zu solchen Ungeheuerlichkeiten zu verhalten den Muth hat. Da tisch dieser Herr unterm 26. Dezember wieder die alte Geschichte mit dem ermordeten „Major“ — beiläufig bemerkt, kennt das russische Heer diesen Rang nicht — v. Reuters auf, die von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Sowohl der jetzt noch lebende Flügeladjutant v. Reuters wie auch der am 23. April 1886 in Jalta verstorbene ältere Bruder — gleichfalls Flügeladjutant — sind mir genau bekannt. Ich war selbst zugegen, als der schon seit nahe zwei Jahren an der Schwindsucht leidende Oberst Max von Reuters an den hiesigen Moskauer Bahnhof gebracht wurde, um das milde Klima von Jalta aufzusuchen. Er nahm auf dem Bahnhofe von allen Freunden und Bekannten Abschied und äußerte dabei, daß er sie wohl nicht mehr wiedersehen würde; nach etwa vierzehn Tagen starb er in Jalta. Der jüngere Bruder Alexander ist in der hiesigen Gesellschaft als Lebemann bekannt, fühlt sich sehr wohl und thut, wenn er an der Reihe ist, seinen Diensten beim Kaiser; Weber mit ihm noch mit einem andern Flügeladjutanten oder irgend einem andern Menschen ist ein solches Abenteuer mit dem Kaiser oder überhaupt

